

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Oktober 2007

Nr. 10 · 3. Jahrgang

Links informiert

3

Neue Mitglieder schreiben über ihre Motive

Im Mittelpunkt

6-8

Waldstadt/Schlaatz: Staub, Schach und Schule

Bildung

10

Begabtenförderung statt oder durch Gemeinschaftsschule

Viel Lärm und Staub ohne Ende

Straßenbau in der Waldstadt II und am Schlaatz / Belästigungen und Verkehrsprobleme



Laut „Plan“ sollte es mit der Straßenerneuerung Saarmunderstraße/Zum Teufelssee eigentlich schon im April losgehen. Die Mieter lasen das jedenfalls so auf Info-Zetteln, die ihnen in die Briefkästen gesteckt worden waren. Aus unerfindlichen Gründen wurde das Bauvorhaben aber erst einen Monat später gestartet. Und dann begann sie – die Staub- und Lärmbelästigungsperiode für die

Anwohner und weitere BürgerInnen. Da war die leidige Parkplatzsituation zu bewältigen. Doch vor allem der Staub. Kurzum: Zum Ende August wurde die Straße Zum Teufelssee freigegeben. Doch auch das war nur eine halbe Sache. DENN: Gebaut wird noch immer (per Redaktionsschluss) an Teilstücken.

Weiter Seite 6.

Sprechstunde unter freiem Himmel

„Das Wohngebiet Drewitz ist problemgeladen“, erklärte uns Stadtverordnete Jana Schulze, DIE LINKE. Und da sei es immer am besten, wenn man sich mitten ins „Getümmel“ stürze. „So bekommt man alles hautnah mit“, meinte Jana Schulze. Und sie hatte die Idee, ab sofort eine „Sprechstunde unter freiem Himmel“ in ihrem Wahlkreis durchzuführen. Start dafür war am Donnerstag, 20. September, auf dem Ernst-Busch-Platz eben im bewussten WG Drewitz, direkt am Havel-Nuthe-Center. Obwohl das erste Mal, stand doch schon vor Beginn der erste Bürger mit seinen Problemen vor Ort. Helmut Schmidt (r.) aus der Wolfgang-Staudte-Straße hatte sogar seine Fragen und Probleme, die sich u. a. auf die Unfallgefahr bei bestimmten Wegen im Wohngebiet bezogen, aufgeschrieben. Die junge Stadtverordnete sicherte Schmidt eine Antwort zu. Und sie wird ihre Idee „unter freiem Himmel“ in ihrem Wahlkreis fortsetzen.



„Es macht Spaß in einer solchen Partei“

„Seit vielen Jahrzehnten hat die deutsche Linke das erste Mal wieder die Chance ergriffen“, so wertete der Landesparteichef der LINKEN, Thomas Nord (Mitte), die Gründung der neuen Partei vor rund 60 GenossInnen in Potsdam-West am vergangenen Donnerstagabend. Unter dem Thema „Was ist neu an der Partei DIE Linke?“ stellte sich Thomas Nord den aktuellen und bewegenden Fragen im Zusammenhang mit der Landesverbandsgründung. Sein persönliches Fazit: „Es macht Spaß in einer solchen Partei!“ Er würdigte auch den mühevollen und oft steinigen Weg der GenossInnen der Basis in den zurückliegenden 17 Jahren. „Durch euch wurde der Weg geebnet für die gesamtdeutsche LINKE“, betonte Thomas Nord.

Neben dem Landesvorsitzenden hatten im Präsidium der Kreisvorsitzende Potsdam, Pete Heuer, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der SVV, Dr. Karin Schröter, Platz genommen.

Auf ein Wort...



Wegzugsprämie? Bürgergeld!

Von Pete Heuer,
Kreisvorsitzender
DIE LINKE

Für Schlagzeilen sorgte mit diesem Vorschlag ein Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg des Berlin-Institutes für Bevölkerung und Entwicklung. Ein Gutachten, das lesenswert ist, da es Denkvorbote überwindet und viele Ideen enthält, über die es sich lohnt nachzudenken, statt sie mit Schnellschüssen in Bausch und Bogen zu verdammen. Wer genauer liest, wird feststellen, dass die Wegzugsprämie dort als ultima ratio der gegenwärtigen Politik der Landesregierung – also das Passstück zu „Stärken stärken“ – nämlich „Schwächen schwächen“ dargestellt wird. Ganz anders klingt es, wenn man das empfohlene Bürgergeld näher betrachtet. Statt aufwendige und ineffiziente zentrale Infrastruktur sollen die Bürger vor Ort für dezentrale Lösungen im Wasser-/Abwasserbereich, der Energieversorgung, des Verkehrs und der Bildung direkt finanziell unterstützt werden. Dass dies all jenen in Verwaltung, kommunalen Zweckverbänden, Energie- und

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

Transportunternehmen, die aus überdimensionierten Einrichtungen ihr Einkommen bestreiten, nicht schmeckt, ist nachvollziehbar. Fakt bleibt – Schrumpfungprozesse haben Wachstum in weiten Teilen des Landes verdrängt. Dennoch ist Verfassungsauftrag, gleichwertige Lebensbedingungen zu sichern. Brandenburg wird bis 2030 dreizehn Prozent seiner Bevölkerung verlieren. Wie diese Entwicklung gestaltet werden kann, ohne das Land und die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger finanziell zu überfordern, setzt ein Umdenken zuerst in Potsdam voraus.

Das Gutachten ist im Internet zu finden unter: www.berlin-institut.org/pdfs/Gutachten.pdf

Das etablierte Tierheim Am Wildpark West soll geschlossen werden. Auf den langjährig vorgesehenen und überfälligen Neubau soll gleich ganz verzichtet und die Heimproblematik nach weiter weg in eine andere Stadt abgegeben werden: Aus den Augen – aus dem Sinn! Das Tierheim lebt vor allem von den engagierten Tierschützern und Helfern, die ehrenamtlich leisten, was die Verwaltung nicht vermag. Sollen sie zukünftig zusätzlich – und auf eigene Kosten – erst jedes Mal bis nach Brandenburg fahren, um z. B. Hunde aus ihren Käfigen spazieren zu führen? Sicherlich gibt es auch in anderen Städten engagierte Helfer, doch dauert es viele Jahre, bis sich ein funktionierendes Vereinssystem entwickelt.

Bemerkenswert

Zum Problem Tierheim für Potsdam

Dabei ist die Bevölkerungszahl der Stadt eine erkennbare Vergleichsgröße zur Anzahl der Helfer im Tierschutz. Selbst in der Landeshauptstadt mit ihrer relativ dichten Bevölkerung besteht noch enormer Unterstützungsbedarf. Wie sollen die wenigen Bewohner der kleinen Stadt Brandenburg, die von Abwanderung und Fragen des Wohnungsabrisses gekennzeichnet ist, dieses Problem bewältigen?

Nicht zuletzt: Die Tierklinik – richtig angesie-

delt direkt neben dem Tierheim Am Wildpark West und seit Jahrzehnten bekannter Anlaufpunkt im Schicht- und Bereitschaftsbetrieb. Wird sie von dem reduzierten Patientenaufkommen einer Auffang- und Abgabestation überleben können? Ganz sicher nicht. Es geht bei der Entscheidung der Stadtverwaltung über die Schließung des Tierheimes nicht „nur“ um Tiere und ihr Heim, sondern ebenfalls um Menschen, um Angestellte und ihre Existenz – oder ist dafür wieder jemand anderes zuständig?

Zu wünschen bleibt eine Stadtverwaltung, die nicht nur tut, was sie kann, sondern auch kann, was sie tut – mit Verantwortungsbeusstsein.

Bernd Silzer, Potsdam

Das Grundgesetz – ideale Basis für einen demokratischen Sozialismus?

Wolfgang Neskovic, rechtspolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag, zu Gast in Potsdam

Wolfgang Neskovic ist ein Fan des Grundgesetzes – das sagt er selbst von sich. Aber darf ein ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof überhaupt etwas anderes sagen? Doch Neskovic hat auch gute Argumente für seine Überzeugung. Und mit denen will er seine 40 ZuhörerInnen in der Alleestraße an diesem 18. September gern gewinnen.

Er spricht über die tragenden Prinzipien des Grundgesetzes: Demokratie, Föderalismus, Sozialstaat. Viel ist von der „Ewigkeitsklausel“ die

Rede, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes nach den bitteren Erfahrungen von Weimar und NS-Zeit eigens erfunden haben. Und zu diesen unabänderlichen Prinzipien gehört auch das Sozialstaatsgebot. Neskovic interpretiert es als die immerwährende Verpflichtung des Staates, jedem seiner Bürger jederzeit ein Leben in Würde zu garantieren. Gesetze wie z.B. Hartz IV seien damit nicht vereinbar. Das sei nicht politisch diskutierbar, sondern einfach im Grundgesetz festgeschrieben. Unnachgie-

big konfrontiert er die bundesrepublikanischen Realitäten mit den Ansprüchen des Grundgesetzes. Er berichtet von Ausschusssitzungen, in denen Regierung und Koalition schlicht Antworten verweigern, wenn es um die Verfassungsmäßigkeit ihrer Gesetzentwürfe geht. Er macht deutlich, dass die Arroganz der Macht so weit fortgeschritten ist, dass sie sich nicht mehr groß um das Grundgesetz schert.

Dagegen setzt er die Möglichkeiten, die das Grundgesetz bietet. Es schreibt keine Wirtschaftsordnung vor – Kapitalismus und Marktwirtschaft kommen in ihm nicht vor. Im Gegenteil. Es beschränkt den Raubtierkapitalismus sogar ausdrücklich. Eigentum muss nämlich so gebraucht werden, dass es zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dient. Und es kann zum Zwecke der Vergesellschaftung auch enteignet werden. Aber von einer Realisierung dieser Vorstellungen sind wir ohnehin weit entfernt. Und die Enteignungsklausel möchte die FDP am liebsten gleich ganz abschaffen.

Neskovic setzt auf den mündigen Bürger. Das Grundgesetz ermögliche auch grundlegende Veränderungen dieser Gesellschaft, so sich die Mehrheiten dafür finden. Und auch das wird deutlich: Er hat hohes Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht als obersten Wächter des Grundgesetzes. Als Quintessenz bleiben zwei Fragen offen: Wie intakt ist eine Demokratie, die immer häufiger vom Verfassungsgericht gezwungen werden muss, die ihr auferlegten Normen einzuhalten? Und wie verhalten wir uns als Demokraten, wenn diese letzte „Kontrollinstanz“ versagt?

Stefan Wollenberg

Dach & Wand Ltd. bietet an:
z.B. 100 m² Dach
(Incl. Abriss, Entsorgung, Folie, Lattung, Tonpfanne naturrot)
nur 4.980,-€ oder für nur 54,-€* im Monat
*100% Auszahlung, effektiver Jahreszins 4,28%

- Fassadenbau mit innovativen Lösungen für feuchte Außenwände
- Flachdachsysteme
- Innenausbau/Komplettlösungen

Schnell handeln lohnt sich!

Hohendorfer Straße 11, 39218 Schönebeck, Tel.: 0391 5639547

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Pete Heuer**, Vorsitzender, Alleestr.3, 14469 Potsdam. **VERLAG:** petit édition Potsdam – Verlag und Mediaconsult; **Norbert Fiebelkorn**, Verleger, Friedrich-Ebert-Straße 38, 14469 Potsdam (Verlag und Redaktionen) **Bernd Martin**, Chefredakteur (V.i.S.d.P.); **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Deutsche Bank Berlin Kto-Nr. 0311654; BLZ: 100 700 00

DRUCK: OSSI-Druck Brandenburg. „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

Abo ist möglich

Unsere Zeitung erscheint monatlich und wird abwechselnd in verschiedenen Wohngebieten der Landeshauptstadt verteilt. Möchten Sie alle 12 Ausgaben garantiert erhalten, dann füllen Sie diesen Coupon aus und senden ihn an unsere Redaktion in der Friedrich-Ebert-Straße 38 in 14469 Potsdam.

Hiermit bestelle ich verbindlich die Monatszeitung „Potsdams andere Seiten“ für eine monatliche Spende von 1,00 €.

Die Zeitung geht an folgende Adresse:	Ich nutze den vorteilhaften Bankeinzug:
Name, Vorname	Geldinstitut
.....
Straße, Hausnummer	BLZ
.....
PLZ, Ort	Kontonummer
.....
Datum, Unterschrift (Auftraggeber)	Kontoinhaber
.....

Bitte senden Sie den ausgefüllten Coupon an Redaktion „Potsdams andere Seiten“, Friedrich-Ebert-Str. 38 in 14469 Potsdam oder per Fax an 0331/23 78 49-9

Verdienst- möglichkeit

Wir suchen für
„Potsdams andere Seiten“
(Potsdam) und
„Märkische Gärtnerpost“

(Kreise Potsdam, Potsdam-Mittelmark und
Teltow Fläming)

Medienberater/ Anzeigenverkäufer

auf günstiger Provisionsbasis. Interessenten
melden sich bitte dienstags oder
donnerstags in unserer Redaktion unter
0331/23 78 49-0.

Selbstbewusste Positionen

Eindrücke vom Landesparteitag in der Stadt Brandenburg / Neugründung DIE LINKE im Land

Um es vorwegzunehmen – es war ein Landesparteitag, den ich mit zwiespältigen Gefühlen verlassen habe. Die Botschaft, die ich mit der Neugründung DIE LINKE verbinde, besteht in der Entstehung einer gesamtdeutschen Partei. Das war auf dem Bundesparteitag in Berlin eine Botschaft, die mit inhaltlichen Herausforderungen, einer beeindruckenden Debatte und einer künstlerisch-emotional anspruchsvollen Parteitage-regie verbunden war. Diesem politischen Höhepunkt ging ein mehrjähriger Prozess der Annäherung, des erfolgreichen Bundestagswahlkampfes und der innerparteilichen Diskussion voraus, der nach dem Beschluss über die Grundsatzdokumente und der Urabstimmung über die Verschmelzung erfolgreich geführt wurde. Ohne die basisdemokratische Vorarbeit in den Basisorganisationen und Gliederungen der Partei(en) wäre dieses gute Ergebnis sicher nicht zu erreichen gewesen. In unserem Kreisverband hatten wir frühzeitig ein Kooperationsabkommen unterzeichnet, gab es zahlreiche Kontakte zwischen WASG und Linkspartei.PDS in Basisorganisationen. Und schließlich wurde bereits im November 2006 der WASG-Vorsitzende in den Kreisvorstand gewählt. Im Kern ist damit die Vereinigung vollzogen. Dass es nun formale Beschlüsse über die Neubildung (Umbenennung) von Gliederungen bedarf, beinhaltet keine Steigerung des bisherigen Verlaufs. Eher umgekehrt.

Welche Neuerung ist mit der Neugründung innerhalb des ostdeutschen Lan-

desverbandes Brandenburg bei einer Mitgliederaddition von 180 und 9.500 verbunden? Die Antwort darauf blieb der Landesparteitag schuldig. Stattdessen wurden (zu) viel Kultur und Emotion geboten, die nach meinem Geschmack einseitig an ostdeutsche Traditionen anknüpften. Eine Debatte war nicht vorgesehen. Die Rede des Landesvorsitzenden Thomas Nord war auf der Höhe der Zeit und richtungweisend für die Entwicklungen auf dem landespolitischen Parkett bis zu den nächsten Wahlen.

Besonders wichtig dabei die wohl-tuend selbstbewusste und pointierte Positionierung gegenüber der SPD. Für den stellvertretenden Landesvorsitzenden von der WASG war die Begründung der Grundsatzdokumente vorgesehen – eine undankbare Aufgabe, die Christian Eicke umging, indem er sich selbst verbal auf die Suche nach dem Neuen begab. Immerhin ist er als Richter am Landgericht und ehemaliges SPD-Mitglied mit seiner Biografie ein wirkliches Novum an der Spitze unseres Landesverbandes. Seine geäußerte Distanz zur DDR hat vielleicht der eine oder andere Delegierte überbewertet. Ich denke, sie ist einfach genauso groß wie meine Distanz zur BRD – nur würde sich darüber niemand wundern. Das gemeinsame Ziel, dieses seit 1990 gemeinsam bewohnte Land sozial zu gestalten, ist es wert, die Distanz zum Vergangenen vorurteilsfrei zu überwinden.

Der Zweck der Blockwahl des gemeinsamen Landesvorstandes, dem bereits im Januar die nächste Wahl folgt, obwohl



erst im Februar dieses Jahres gewählt worden war, blieb unklar. Vielleicht hätte ein stärker inhaltlich ausgerichteter Parteitag mit einer kurzen Beschlussfassung zu Formalitäten ein anderes Zeichen gesetzt. Die Neugründung ist auch in Brandenburg kein Selbstzweck. Sie muss WählerInnen und Wählern vermittelt werden, um die damit verbundenen Chancen zu nutzen. Wie sagte Thomas Nord: „Warum sollte in Brandenburg nicht möglich werden, was in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt schon Realität ist und bei den Erststimmen auch 2004 schon in Brandenburg so war? In diesen Ländern und bei diesen Wahlen war schon die alte PDS stärker als die SPD.“

Pete Heuer

Unterstützer gesucht

Einen Büroraum in Potsdam sucht die Arbeitsgemeinschaft Solidarische Ökonomie. Der Verein Hartz IV-Betroffene und die Arbeitsgemeinschaft unterstützen Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger und sozial Bedürftige. Wer kostenfrei einen Raum zur Verfügung stellen kann, der hilft damit auch den Schwächsten der Gesellschaft. Es werden Weiterbildungs- und Beratungsangebote sowie Freizeitangebote organisiert und unbürokratisch solidarische Hilfe angeboten. Wer einen solchen Raum anbieten kann, meldet sich unter Tel. 0331/23381049 oder 0162/6930826.

Darüber hinaus initiiert die Arbeitsgemeinschaft eine Sammelaktion, um kostenlosen Bücher zur Verfügung zu stellen. Unter dem Motto „Bildung für alle“ rufen die Organisatoren auf, Bücherspenden für sozial bedürftige Menschen abzugeben. Benötigt werden sowohl Kinder- und Jugendliteratur, Sachbücher und auch Belletristik. Wer die Bücherspendenaktion unterstützen möchte, kann seine Spende im Hof der Lindenstraße 64 abgeben. Dort ist montags bis donnerstags, 9 bis 17 Uhr, ein Ansprechpartner vor Ort. Im Einzelfall können die Bücher auch nach telefonischer Vereinbarung abgeholt werden (Tel. 0162/5834570).

Vorgestellt: Zwei unserer neuen Mitglieder

Ein selbstverständlicher Schritt

Mein Name ist Josephine Michalke (16). Ich wohne in Potsdam und bin im März in die Linkspartei.PDS eingetreten. Für mich war dies kein schwieriger oder lang überlegter Schritt, sondern eine Art Selbstverständlichkeit. Ich bin seit 2005 aktives Mitglied von [solid] und wurde zudem quasi in die Partei ‚hineingeboren‘. Meine ganze Familie ist in der Linkspartei organisiert, und somit war ich vom Kindesalter an mit alternativen Sichtweisen auf Politik und Gesellschaft vertraut.

Dementsprechend fiel es mir auch nicht schwer, in die sozialistische Jugend und später in die Linkspartei einzutreten.

Wichtig war mir, sofort nach meinem 16. Geburtstag in die Partei einzutreten, um an der Urabstimmung über eine Fusion und spätere Neugründung einer großen linken Partei in Deutschland noch teilnehmen zu können. Denn dieser pflichte ich höchste Wichtigkeit bei.

Politik spielt in meinem alltäglichen Leben keine sehr große, aber eine wichtige Rolle. Als schulpflichtiges Kind bemerkte ich jeden Tag aufs Neue, wie verblendet und politisch desinteressiert die heutige

Jugend ist – und vor allem wird sichtbar, welche Rolle dabei die Elternhäuser, die Medien und die Schule spielen. Deswegen liegt mein Schwerpunkt auf der Jugendpolitik, ich halte es für sehr wichtig, den jungen Menschen die Wichtigkeit von politischem Interesse und Engagement vor Augen zu führen und zu zeigen, welche entscheidende Rolle die Jugend oder die jungen Erwachsenen dabei spielen.

Mir wurde diese Einsicht ja ‚in die Wiege gelegt‘. Politisch aktiv sein werde ich also nach wie vor im Jugendverband.

Soziale Frage entscheidend

Für diesen Entschluss gab es nach insgesamt 16-jähriger Mitgliedschaft in der SPD mehrere Gründe. Zu den wichtigsten zählt für mich als Gewerkschafter die Behandlung der sozialen Frage. Die SPD hat sich mit der „Agenda-Politik“ vom Ziel der sozialen Gerechtigkeit verabschiedet.

Von der LINKEN weiß und erwarte ich, dass für sie angesichts der skandalös ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums der Kampf für Vertei-

lungsgerechtigkeit einen entscheidenden Stellenwert einnimmt. Arbeit und Menschenwürde müssen zusammengeführt werden, das heißt, Erwerbsarbeit muss ein „Einkommen zum Auskommen“ und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Gezielte Regulierung zu Gunsten der Mehrheit der Gesellschaft statt menschenfeindlicher Deregulierungspolitik, die zu immer mehr prekärer Beschäftigung und Armut führt, ist das Gebot der Stunde. So zum Beispiel durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Die Unterstützung der gewerkschaftlichen Kämpfe für bessere tarifliche Einkommen, besseren Arbeitnehmerschutz und (kürzere) Arbeitszeiten, die sich nicht nur am Verwertungsinteresse des Kapitals ausrichten, das sind weitere Kernaufgaben der LINKEN.

Gemeinsam für eine humane Gesellschaft streiten, dabei klar Position beziehen und die Auseinandersetzung mit neoliberalen Denkmustern führen – das ist für mich Motivation, warum ich Mitglied wurde.

Günther Waschkuhn

SMAD erließ „Essenbefehl“

Oktober 1947

Im Jahre 1947 erreichte die Industrie in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nur 53,7% der Produktion des Jahres 1936, die Metall verarbeitende Industrie gar nur 49,9% im Vergleich zum Vorkriegszustand. Die Hektarerträge waren durchschnittlich auf fast die Hälfte gesunken. 1947 lag der Lebensmittelverbrauch in Sachsen bei 1292 kcal pro Kopf und Tag! Nur wenige Männer hatten

mehr als einen Anzug, Frauen besaßen durchschnittlich zwei Kleider, ein Paar Schuhe, drei Paar Strümpfe oder Söckchen. Vor allem aber gab es Hunger!

Aus diesem Grunde erließ die Sowjetische Militäradministration (SMAD) am 9. Oktober 1947 den Befehl 234. Sein Hauptgedanke: Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Leistungslohn, gezielte Prämierung hoher Produktionsergebnisse

und Maßnahmen zur allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen. Zu Letzterem gehörte u. a.: Verteilung von Schuhen und Textilien über gewerkschaftliche Kommissionen, warmes Mittagessen in Betrieben, mehr Betriebspolikliniken, mehr Ferienheime, für die Frauen gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Schnell hatte dieser Befehl im Volksmund den Namen „Essenbefehl“. -bm-

„Piep-piep“ löste Schock aus

Oktober 1957



„Ich glaube nicht, dass die Russen die Geschicklichkeit, die Intelligenz und die Gewandtheit besitzen, ...all die Millionen und aber Millionen von technischen Problemen mit der Genauigkeit und Zuverlässigkeit zu lösen, die dabei notwendig sind“, meinte noch im September 1957 eine Größe der amerikanischen Raketenforschung, der Ex-Peenemünde-Inspektor Walter Dornberger. Nur einige Tage später war dann der Schock da: Die Medien

überschlugen sich, die Hysterie ob einer sich seit 40 Jahren selbst suggerierten „Gefahr aus dem Osten“ erreichte ihren Siedepunkt. Die „Russen“, von denen noch zehn Jahre zuvor ein hoher USA-Militär gemeint hatte, sie seien unfähig, auch nur einen Jeep zu bauen, hatten mit einer Variante ihrer ersten Interkontinentalrakete R 7 eine 83,6 kg schwere Kugel in den Weltraum geschossen. Und die piepte nun auch noch ihre Signale aufrei-

zend und unüberhörbar. Dabei hatte wenige Tage vor jenem denkwürdigen 4. Oktober 1957 der Chef der sowjetischen Weltraumforschung, Anatolij Blagonarow, den Start des Sputniks auf einer Konferenz in Mailand sogar angekündigt. Allein – man hatte es mit freundlichem Lächeln nicht ernst genommen. Doch es war und bleibt Wirklichkeit: Das Zeitalter der Weltraumfahrt war damit in Baikonur begonnen worden. -bm-



... die alles vernichtet

Oktober 1932

Zum „1. Reichsjugendtag der NSDAP“ kommen am 1. und 2. Oktober 1932 78.000 Vertreter der Hitlerjugend, des Jungvolks und des Bundes deutscher Mädchen nach Potsdam. Im Stadion Luftschiffhafen sprechen Adolf Hitler und der Reichsjugendführer, Baldur von Schirach. Schirach schreit u.a.: „Ich habe Potsdam gewählt, weil es für uns Deutsche das Heiligste unserer Nation bedeutet: Friedrich der Große, die preußische Armee, d.h.: Führertum, Sozialismus und Pflichterfüllung. Wenn diese Begriffe heute

von 14 Millionen Volksgenossen wieder gelebt werden, dann ist das ... einzig und allein das Werk des deutschen Arbeiters Adolf Hitler. Darum heißt die Jugend Hitlerjugend. Darum marschiert sie durch dieses alte und stolze Potsdam. Wir lassen uns unsere heilige Idee nicht stehlen! Wir lassen uns unseren Führer nicht rauben! Wir wollen an der Spitze des deutschen Staates keine Kaste, sondern einen Mann! ... Ihre Jugend, mein Führer, ist angetreten, um Ihnen eine Kundgebung der Liebe und des Glaubens zu bereiten, wie

sie heute noch von keiner Jugend je einem Lebenden bereitet worden ist ... Ich glaube an die unbändige Kraft des Nationalsozialismus, die alles vernichtet, was sich ihr entgegenstellt!“

Joseph Goebbels notiert in sein Tagebuch: „In Potsdam marschiert die nationalsozialistische Jugend auf. Ein herrlicher Anblick, dieses wimmelnde, quirlende Durcheinander von Buben und Mädels. Das Stadion ist überfüllt. Es herrscht eine wunderbare Begeisterung.“

-rt-

KJS feierte

Oktober 1982

Mit einer Festwoche feiert die Kinder- und Jugendsportschule Potsdam vom 16. bis zum 22. Oktober 1982 ihr 30-jähriges Bestehen (sie war 1952 in Brandenburg/H. eingerichtet worden). Das Wochen-Programm beginnt am 16. 10. mit einer feierlichen Verpflichtung der Neuaufnahmen

„...zu Ehren der Schule und der DDR...“ alles zu tun. Am 19. 10. folgt eine Festveranstaltung des Rates des Bezirkes mit dem „Erich-Weinert-Ensemble“ im Hans-Otto-Theater mit anschließendem Empfang im Klub der Künstler und Architekten „Eduard Claudius“. Die Schule wird mit

dem „Kampforden der NVA“ in Bronze ausgezeichnet. Zahlreiche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden mit staatlichen und gesellschaftlichen Auszeichnungen geehrt. Auf einem Meeting am 20. 10. wird schließlich die „Friedrich-Ludwig-Jahn-Büste“ enthüllt. -rt-

Spät, aber nicht zu spät!

Ein Satz, der am Sonntag, dem 09. September 2007, im Potsdamer Alten Rathaus oft ausgesprochen und noch öfter gedacht wurde: Spät, aber nicht zu spät! Es muss wohl etwa ein Jahr zurückliegen, da bei uns – AntifaschistInnen innerhalb und außerhalb der brandenburgischen Interessengemeinschaft der Verfolgten des Naziregimes (IG VdN) – der Entschluss heranreifte, im 60. Jahr der Wiederkehr der Gründung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) – also 2007 – endlich auch in und für Brandenburg eine Generationen übergreifende antifaschistische Organisation der Verfolgten des Naziregimes mit dem Zusatz „Bund der AntifaschistInnen und Antifaschisten“ (BdA) zu gründen. Dass die rapide Abnahme der Zahl der tatsächlich Verfolgten und in der IG VdN Organisierten nicht aufzuhalten ist, ließ die einen resignierend zu dem Schluss kommen: ... dann lösen wir uns eben auf, unsere soziale Funktion ist dann erledigt.

Andere dachten da ein bisschen weiter und offener: ...wir brauchen die nachfolgenden Generationen, damit nicht verloren geht, wofür wir die besten Jahre unseres Lebens geopfert haben. Das sind wir vor allem auch denen schuldig, die die Höllen der faschistischen Zuchthäuser und KZ nicht lebend überstanden haben.

Der Zeitpunkt der Neugründung eines antifaschistischen Dachverbandes im Land Brandenburg war gut gewählt.

60 Jahre, nachdem auch im damaligen Land Brandenburg die VVN gegründet wurde, und an dem historischen zweiten Sonntag im September versammelten sich mehr als 50 AntifaschInnen aus Potsdam und allen Teilen unseres Landes, um diesen Schritt zu vollziehen. Unter ihnen war auch einer der Mitbegründer von damals – Willi Frohwein. Er gehörte

auch zu den Unterzeichnern des Aufrufs für die Gründung des Dachverbandes und befand sich in guter Gesellschaft namhafter AntifaschistInnen, wie Daniela Dahn, Peter Abraham, Walter Kaufmann, Walter Ruge, Fritz Rudolf Fries, Karl Gass, Eberhard Rebling, Christa Kozik, Pfarrer i.R. Uwe Dittmer, Claus Dobberke, Prof. Karl-Heinz Schöneburg, Inge Maja Weiß, Dr. Beate Behrens, Fritz Krause, Peter Hochmuth u.a.

Als ehemaliger Häftling der KZ Auschwitz, Mittelbau-Dora und Bergen Belsen hatte Willi Frohwein einiges zu sagen. Er begrüßte die Neugründung und Übergab der neuen Vereinigung seinen ersten VVN-Ausweis von 1947.

Unter den Anwesenden auch Karl Stenzel, Überlebender der KZ Sachsenburg, Sachsenhausen und Emslandlager; Günter Pappenheim, Überlebender des KZ Buchenwald und Erster Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos; Gerd Schramm, Überlebender des KZ Buchenwald, Häftlingsbeirat beim Internationalen Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos; Rudolf Slonina, ehem. Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD). In ihrem Namen richtete Karl Stenzel mahnende Worte an die Versammelten, den neuen Nazis keine Chance zu geben und für die neue antifaschistische Organisation Sitz und Stimme in der Gedenkstättenstiftung Brandenburg zu erstreiten.

Prof. Heinrich Fink überbrachte die herzlichsten Glückwünsche des Bundesvorstandes der VVN-BdA und würdigte die aktive Arbeit besonders jüngerer und junger AntifaschistInnen, wie Lutz Boede, Marcus Pilarski und Christian Raschke, in der Vorbereitungsphase der Gründung.

Im Namen der Deutschen Lagergemeinschaft ehem. Häftlinge des KZ

Mauthausen überbrachte Dr. Ludwig Einnicke die Glückwünsche. Er nannte den Tag „historisch“ und erinnerte daran, dass zu den Gründungsvätern und -müttern der VVN vor 60 Jahren Antifaschisten aller parteilichen und weltanschaulichen Richtungen gehörten, darunter Probst Heinrich Gruber, Ottomar Geschke, Franz Dahlem, Gustav Dahrendorf u.v.a.m. Im Land Brandenburg leisten schon lange viele junge Leute eine bemerkenswerte engagierte antifaschistische Arbeit. Er rief auf: Suchen wir ihre Nähe!

Die Gründungsversammlung stimmt dem Satzungsentwurf zu, in dessen Zentrum die Ächtung und Überwindung von Nazismus (Schwur von Buchenwald), des Rassismus, Antisemitismus und Militarismus stehen, die Pflege und Förderung aller Stätten des Gedenkens und aller Formen der Erinnerung an Verfolgung und Widerstand von 1933 – 1945, die gesellschaftliche Anerkennung, Betreuung und Fürsorge für die Verfolgten des NS-Regimes und ihrer Angehörigen sowie der aktuellen Kampf zur Überwindung von Krieg, Terror und sozialer Ungerechtigkeit durch Friedenspolitik, Völkerverständigung und internationale Solidarität. Die neue Organisation tritt für die gewaltfreie Lösung politischer Konflikte ein.

Zum Vorsitzenden des Landesverbandes Brandenburg der VVN-BdA wurde der angehende Jurist Hannes Püschel (28 J.) und zu seinem Stellvertreter Harald Schink aus Oranienburg gewählt.

Ein zehnköpfiger Vorstand hat seine Arbeit aufgenommen und will neue Mitglieder gewinnen und dem organisierten Antifaschismus im Land Brandenburg eine unüberhörbare und kritische Stimme verschaffen.

Kontaktadresse:

„Bund der Antifaschisten Frankfurt/Oder“
Birnbaumsmühle 65
15234 Frankfurt/Oder
Tel./Fax: 0335/4144269
E-mail:
kontakt@vvn-bda-ffo.de
(Das Büro ist jeden Dienstag besetzt!)

L.E.

Gemeinsames Gedenken

Traditionell am zweiten Sonntag im September gedachten am 9. September 2007 Potsdamerinnen und Potsdamer, Vertreter von Parteien, Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung und Organisationen auf dem Platz der Einheit der Opfer des Faschismus. Die Gedenkrede hielt der Antifaschist Rudolf Slonina. Foto: Martin



„Wie auf der Autobahn“

Straßenbau in Waldstadt II brachte sehr viele Belästigungen

Lärm und Feinstaub machen krank

Laut Lärmkarte des Landesumweltamtes ist Potsdam besonders betroffen. Wer Straßenlärm verursacht, belastet die Menschen meistens in mehrfacher Hinsicht, so mit Feinstaub, Erschütterungen und mit einem erhöhten Unfallrisiko. Die betroffenen Menschen haben ein Recht auf ausreichenden Gesundheitsschutz in der Stadt. „Deshalb ist es sehr kritikwürdig, dass die Aktionspläne zur Luftreinhaltung in den Städten, die im Zusammenwirken mit dem Landesumweltamt bis Ende 2005 erstellt werden sollten, noch immer nicht vorliegen bzw. umgesetzt werden“, erklärte die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN Anita Tack (MdL). Das gelte auch für Potsdam. Nun hätten die Kommunen bis nächstes Jahr Zeit, einen Lärmaktionsplan vorzulegen.

Vorab soll natürlich gesagt werden, dass es sehr begrüßenswert war und ist, wenn die alten Betonpisten in den Neubaugebieten nun endlich einen neuen Belag bekommen. Ebenso ist es verständlich, dass es im Rahmen von solchen Baumaßnahmen immer mal wieder zu Belästigungen der Anwohner kommen kann. Doch wenn dann diese Belästigungen zum Dauerzustand werden, dann muss Abhilfe geschaffen werden. So dachten auch die Mieter des Hauses Zum Teufelssee 11 in der Waldstadt II und schrieben an ihren Vermieter eine Beschwerde, von allen Mietern unterzeichnet. Das erste Mal richtig sauer waren sie dann, als ihnen durch ihren Vermieter mitgeteilt wurde, dass dieser für den Straßenbau und den damit zusammenhängenden schrecklichen Staub und Lärm über Monate hinweg nicht verantwortlich sei. Die Stadt ist schließlich Eigentümer der Straße. Und wenn die Stadt nun die

Straße von Grund auf erneuert, dann ist sie auch für den Dreck und Lärm verantwortlich.

„Gut, das war's dann wohl“, kommentierte Mieter Rudi Buchholz, der die vielen Unterschriften unter das Beschwerdeschreiben an die Wohnungsgenossenschaft gesammelt hatte. „Von der Stadt brauchen wir uns sowieso keine Erleichterung oder sogar Abhilfe erhoffen.“ Hefete das Schreiben seines Vermieters ab und schaute aus dem verstaubten und geschlossenen Fenster auf die unten werkenden Bauleute.

Diese Szene liegt nun ungefähr einen Monat zurück. Seit Ende August ist die Straße Zum Teufelssee eigentlich fertig übergeben worden. „Eigentlich“ – denn ein „paar Ecken und Kanten“ waren noch zu bewältigen. Da waren zum Beispiel die Kreuzungsbereiche. Saarmunderstraße/Ecke Zum Teufelssee; Liefelds Grund/Ecke Zum Teufelssee (Foto) usw. Letztere liegt

unmittelbar vor der Nase von Mieter Danilo Markow. „Ich war schon gleich misstrauisch, als die Steinsetzer kamen und die Kreuzung pflasterten“, sagt er heute. Das Ganze sieht auch gut aus. Gibt aber schaurige Töne von sich, wenn die Autos über das Gepflasterte rollen. Meist auch noch mit mehr als nur 30 Stundenkilometern. Wo bleibt eigentlich die Ausschilderung mit 30-er Zone für das gesamte Wohngebiet? Und wo sind entsprechende Kontrollen seitens der Ordnungskräfte? – Das fragen sich in diesen Tagen viele Anlieger. Noch dazu, wo die Straße direkt an der Fontaneschule vorbeiführt...

„Ich fühl mich wie auf dem Mittelstreifen einer Autobahn“, meint jedenfalls Danilo Markow sarkastisch. Im September hat er nicht bei offenem Fenster schlafen können. Schließlich gehen seine Wohnung und der Balkon in Richtung Kreuzung. Was tun? „Ich werde mich wohl nach einer anderen Wohnung umsehen müssen“, meint der junge Mann. Dabei hatte er sich so gut eingelebt, neue Freunde gefunden etc..

Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe waren für die Anwohner eigentlich dem Augenschein nach alle Arbeiten beendet. Doch denkste. Als quasi „Nachschlag“ erhielten die BürgerInnen wieder mal kleine Zettelchen, auf denen sie bei Androhung von Bußgeldern („letzte Mahnung!“) unmissverständlich darauf hingewiesen wurden, dass sie gefälligst eine weitere runde Woche ihre Fahrzeuge „jotwede“ zu parken hätten – nur nicht vor bzw. in der Nähe der eigenen Wohnung. Irgendwelche Arbeiten müssten noch erledigt werden. Hoffen wir, dass das Bauvorhaben nun nicht zu einer endlosen Geschichte mutiert. Wir bleiben jedenfalls dran. -bm-



Geduldsspiel am Schlaatz

Straßensanierung führt zu erheblichen Verkehrseinschränkungen

Eine Sanierung haben fast alle Straßen am Schlaatz bitter nötig. Nachdem in den vergangenen Jahren mit den Straßen Am Bisamkiez, Falkenhorst und Schilfhof bereits kleinere Bereiche erneuert wurden, begannen im August die Arbeiten in der Straße Am Nuthethal. Dort werden Straßendecke und Regenwasserkanäle erneuert.

Da die Straße für einen Großteil der Schlaatz der einzige Zufahrtsweg zu ihren Häusern ist, muss sie über den gesamten Zeitraum der Baumaßnahmen befahrbar gehalten werden. Der Verlauf der zu erneuernden Regenwasserkanäle in der Straßenmitte erschwert die notwendigen Veränderungen in der Verkehrsführung zusätzlich. Zum Teil müssen die Parktaschen als Fahrbahn mitgenutzt werden. Besonders gefährlich ist

der einspurige Abschnitt kurz vor der Einmündung Erlenhof, da die Baumaßnahmen in der Straßenmitte es den vom Schlaatz kommenden Fahrern kaum ermöglichen, den Gegenverkehr überhaupt einzusehen (Foto r.). Die Baumaßnahmen sollen laut Planung der Stadt noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres andauern. Nach dem bisher zu beobachtenden Fortschritt ist allerdings mit einer erheblich längeren Dauer zu rechnen.

Gleichzeitig wird im angrenzenden Biberkiez der gesamte Innenhof neu angelegt und begrünt. Hier ist für die Anwohner zur Zeit gar keine Zufahrt mehr möglich. Entschädigt werden sie dafür ab April 2008 mit neuen Grün- und Spielflächen bei gleichzeitiger Erweiterung der Parkplatzkapazität. Die beteiligten Wohnungsbauunternehmen Gewoba,



PWG 1856, „Karl Marx“ und PBG investieren hier insgesamt 760.000 € in die Verbesserung des Wohnumfeldes.

Stefan Wollenberg

Oberschule 51 ist Partnerschule der Schacholympiade 2008

Zwei Schulen Potsdams wurden vom Schachweltmeister Wladimir Kramnik als Partnerschulen der Schacholympiade 2008 in Dresden ausgewählt. Die Oberschule 51 ist eine von ihnen. Das ist nicht verwunderlich, denn schon seit mehr als 10 Jahren existiert an dieser Schule eine AG Schach, und die Mannschaft dieser Schule hat in dieser Periode an allen Schulschach-Mannschaftsmeisterschaften der Stadt Potsdam erfolgreich teilgenommen.

2005 und 2006 war ein Schüler dieser Schule Stadt-, Regional- und Landesmeister in der Altersklasse U10 (unter 10 Jahren). In diesen beiden Jahren kämpfte er als Vertreter Brandenburgs bei den Deutschen Meisterschaften.

Der Schule 51 wurde Mocambique als Partnerland zugewiesen. Über dieses Land müssen die Schüler eine Ausstellungstafel erstellen, die bei der Abschlusspräsentation vom 12. – 25. November 2008 von zwei Schülern in Dresden vorgestellt wird.

Jede Partnerschule hat eine Fülle von Maßnahmen nachzuweisen, um im Wettbewerb mit den anderen 160 Partnerschulen der BRD zu bestehen. Dazu gehören:

Schachturniere gegen andere Schulen, Kontaktaufnahme zu Schach spielenden Kindern des Partnerlandes, wenn möglich Einladungen an Kinder aus diesem Land und die Aufstellung einer Mannschaft aus 6 Kindern, bei der nur Kinder bis zur Klassenstufe 5 mitspielen dürfen.

Wenn die Mannschaft der Schule sich beim Qualifikationsturnier in Leipzig im Frühjahr 2008 durchsetzt, werden 6 Spieler am Finalturnier während der Olympiade in Dresden teilnehmen.

Die Bürgerinitiative Waldstadt (BIWA) unterstützt das Vorhaben. So wurden nicht nur zwei PC mit Schachprogrammen für den Schachraum gespendet, sondern auch dafür gesorgt, dass bei der Errichtung des „Sportplatzes Waldstadt“ ein Schachgroßfeld geschaffen wurde. Das Unternehmen Brun & Böhm, mit Sitz im Industriegelände Bergholz-Rehbrücke, hat auf Initiative des Landtagsabgeordneten Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE., dafür gesorgt, dass jetzt sogar die Kleinsten an das Schachspiel herangeführt werden können (Foto).

Ludwig Stern



Sichere Schulbusse für lange Schulwege

Vor allem Schülerinnen und Schüler in den ländlichen Regionen treffen die Schulschließungen besonders hart: Längere Wege zur Schule, die mehr Freizeit in Anspruch nehmen und höhere Kosten für den Schulbus bringen. „Das ist ungerecht!“, so die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Anita Tack (MdB). Bildung sei eine Landesaufgabe, die Schülerbeförderung gehöre dazu. Der Schulweg soll nicht nur möglichst kurz, sondern auch sicher sein. „Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler in den Schulbussen zu gewährleisten“, so Anita Tack. Sie forderte die Landesregierung auf, im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit für die Bildung eine Ausstattungsoffensive für Schulbusse zu starten. Damit soll jedem Kind ein mit Sicherheitsgurt ausgestatteter Sitzplatz im Schulbus garantiert wer-

den. In diesem Zusammenhang ist die Landesregierung gemeinsam mit den Schulträgern in der Pflicht, dass in den Bussen mit langen Fahrtzeiten im Schülerverkehr Busbegleiter eingesetzt werden. Die Busfahrer sind großen Belastungen ausgesetzt und können nicht noch für Disziplin im Bus sorgen, um unfallfrei fahren zu können. Wer lange Schulwege organisiert, muss sich um Sicherheit in den Schulbussen bemühen.

Flughafen BBI Kostenexplosion zu Lasten des Steuerzahlers verhindern!

Offensichtlich bestätigt sich jetzt schon die Auffassung der LINKEN, dass das Flughafen-Projekt Berlin Brandenburg International (BBI) zu teuer ist: Die Angebote der Firmen für den Bau des Fahrgastterminals liegen offensichtlich weit über dem von der Geschäftsführung der Flug-

hafengesellschaft erwarteten Preis. Die Fraktion DIE LINKE hat von Beginn an darauf aufmerksam gemacht, dass die Finanzierung des Projekts auf wackligen Beinen steht und dass mit weiteren Kosten zu rechnen ist. „Wir fordern die Einhaltung des bisherigen Kostenrahmens für den mit Steuergeldern zu finanzierenden BBI. Bei der Realisierung des Projekts fordern wir die Landesregierung zu deutlich mehr Transparenz auf. Als Mitgesellschafter der Flughafengesellschaft ist die Landesregierung für einen effektiven Einsatz der Steuergelder verantwortlich“, so die Fraktion.

In diesem Zusammenhang sei auf die Untersuchungsausschüsse des Landtages in den vorangegangenen Legislaturperioden verwiesen. Einstimmige Erkenntnis war, dass ohne schlüssige und machbare Wirtschafts- und Finanzierungs-konzepte keine Gelder an Großprojekte mehr ausgereicht werden. Sowohl der Regierung als auch der Koalition scheint diese Erkenntnis bereits abhandengekommen zu sein.

Nur selten kann er eine Gelegenheit auslassen, Gutes zu tun und dabei freundlich in die Kameras zu lächeln – unser Ministerpräsident, Herr Platzeck. So beglückte er zu Schuljahresbeginn die Erstklässler der Waldstadt-Grundschule mit seinem Besuch und einem gesunden Bio-Frühstück. Das gesunde Frühstück ist eine Initiative der Verbraucherzentrale – und ganz sicher eine gute Idee.

Aber als Ministerpräsident sollte man weiterdenken. Wie viele Kinder kommen an jedem anderen Tag ganz ohne Frühstück in die Schule? Wie viele Kinder bzw.

Glossiert

Abgespeist

deren Eltern können sich auch die Mittagsversorgung in der Schule nicht mehr leisten? Denn für Hartz IV-Empfänger sind Mittel für die schulische Mittagsversorgung in den Leistungen nicht vorgesehen. Solcherart unerfreuliche Auswirkungen der eigenen Politik wischt Sunnyboy Platzeck gern weg. Weiterhin steht er fest an

der Seite des Gasmagnaten – Verzeihung, des Ex-Kanzlers – Schröder und seiner unsozialen Agenda-Politik. Dabei schwenken selbst die Hartz IV-Mitverursacher von den Grünen um und fordern, wie unlängst Frau Künast, eine kostenlose Schulspeisung deutschlandweit. Und Platzeck verteilt eben mal Brotbüchsen. Brot und Spiele – das Wahlvolk will ja bei Laune gehalten werden. Gott sei Dank wissen die frischgebackenen Abc-Schützen noch nicht so viel von der Politik. Sonst wäre ihnen bei so viel Scheinheiligkeit bestimmt der Appetit vergangen.
Stefan Wollenberg

Mit neuem Elan ins Schuljahr 2007/08 – trotz alledem!

Schulen am Schlaatz und in der Waldstadt / Von Hella Drohla, Stadtverordnete DIE LINKE

Förderung erhalten

Die Fröbelschule, Förderschule für Erziehungshilfe, erhält 17.010 Euro Fördermittel.

Damit soll ein Fahrradschuppen mit einem Werkstattbereich für die Arbeitsgemeinschaft „Radwandern“ finanziert werden.

Die Potsdamer Schullandschaft hat sich zum Schuljahr 2007/08 wiederum einschneidend verändert. Die Waldschule Groß Glienicke (14), die Carl-Benz-Oberschule (28) und die Marie-Curie-Oberschule (49) wurden geschlossen, die Rosa-Luxemburg-Oberschule (19) wurde Grundschule. Aus den Allgemeinen Förderschulen „Schule an der Insel“ (10) und „Bruno Rehdorf“ (30) wurde die gemeinsame Förderschule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ am Schlaatz, das Potsdam-Kolleg in Teltow fusionierte mit der Heinrich-von-Kleist-Abendschule zur „Schule des Zweiten Bildungsweges“, die Fröbel-Förderschule für Erziehungshilfe zog von der Berliner Straße in die Waldstadt II, und die Förderschule „James Krüss“ für sprachauffällige Schüler eröffnete nach heftigen Diskussionen doch eine 1. Klasse.

Auf die Problemlagen von drei Schulen in unserem Sozialraum VI (Schlaatz, Waldstadt I und II) möchte ich näher eingehen, weil sich hier besonders Stadtverordnete unserer Fraktion engagiert haben.

unterrichtet viele Kinder aus Migrantenfamilien. Der Hilferuf eines engagierten und leistungsfähigen Lehrerkollegiums musste als Alarmsignal verstanden werden! Nach heftiger Diskussion im Bildungsausschuss, initiiert durch unsere Mitglieder, reagierten das Staatliche Schulamt Brandenburg und das Potsdamer Schulverwaltungsamt relativ schnell. Viele intensive Gespräche noch in der Ferienzeit führten dazu, dass zum Schuljahresbeginn eine für die Schüler und die Lehrer stabilere positive Ausgangssituation geschaffen wurde: Die Schüler wechselten mit drei Lehrern in die Fontane-Schule und waren überrascht und glücklich, dass ihr Schulleiter Degenkolbe sie als neuer Direktor ebenso wie die mitgezogene Sekretärin begrüßten. Bei einem gemeinsamen Sportfest der neuen 7. Klassen und der nun vier 10. Klassen lernten sich die Schüler näher kennen. Ein Schulsozialarbeiter und zwei Sonderpädagogen unterstützen die Lehrer, der Jugendmigrationsdienst wird seine Sprechstunden an der Schule einrichten, und eine Vielzahl gesellschaftlicher Kräfte hat Unterstützung angeboten. Den entscheidenden Anteil müssen jedoch die Schüler und Lehrer selbst leisten, und sie wollen das auch! Die ersten drei Schulwochen lassen hoffen, dass die komplizierte Situation mit neuem Elan gemeistert wird!

Mit solchem Elan und ungeheurer Freude betreten die Erstklässler und ihre Angehörigen am ersten Schultag die James-Krüss-Förderschule. Bis kurz vor Schuljahresbeginn hatte sich der langwierige Kampf um die Einrichtung dieser Klasse und damit um den Erhalt der Schule hingezogen. Die Presse berichtete davon. Dass letztendlich eine Entscheidung zum Wohl der betroffenen Kinder gefällt wurde, ist dem entschlossenen und unermüdeten Einsatz von Eltern und Lehrern, der Schulkonferenzleiterin, den überzeugenden Argumenten der Spezialisten der Frühförderung, aber auch dem diesmal konsequenten Auftreten der Beigeordneten für Soziales und der für Bildung im Zusammenwirken mit den Mitgliedern unserer Stadt- und Landtagsfraktion zu danken. Demokratisches Einfordern und Mitgestalten haben hier Früchte getragen. Allerdings muss dieses Pflänzchen weiterhin sehr gepflegt werden!

Wir Mitglieder des Bildungsausschusses der Fraktion DIE LINKE in der SVV haben die dargestellten Prozesse in allen Phasen begleitet. Wir konnten uns mit Sachkenntnis einbringen und sie zum Nutzen unserer Schüler entscheidend mitgestalten.

Das bestärkt uns darin, in unserem Einsatz für die Schaffung besserer Lern- und Lebensbedingungen gerade an den Potsdamer Ober- und Förderschulen nicht nachzulassen.



Der Antrag zur Zusammenlegung der beiden Förderschulen wurde von der Fraktion DIE LINKE eingebracht. Es war abzusehen, dass angesichts rückläufiger Schülerzahlen eine der beiden Einrichtungen schließen musste. Deshalb ergriffen die Lehrer und Eltern der Inselschule die Initiative und gestalteten aktiv den Prozess der Zusammenführung, der zunehmend auf Aufgeschlossenheit, Akzeptanz und letztlich auch auf gemeinsames Wollen und Gestalten bei den Kollegen der Rehdorf-Schule stieß. Mit der historischen Straßenbahn fuhren die Schüler und Lehrer am 27.8.07 zum Schlaatz und wurden am neuen Standort mit Sonnenblumen empfangen. Wegen der soliden Ausstattung einiger Fachun-

terrichtsräume in der Inselschule hat man sich entschlossen, einige Projekte der oberen Klassen dort weiterzuführen.

Erinnert sei an den zähen, letztlich aber vergeblichen Kampf unserer Fraktion um den Erhalt der Marie-Curie-Oberschule. Im Frühjahr war klar, dass die restlichen beiden Klassen geschlossen zur Fontane-Oberschule wechseln sollten. In einem offenen Brief wandte sich jedoch das Kollegium dieser Schule an die Öffentlichkeit, weil es sich von dieser erneuten Herausforderung überrumpelt sah. Die Fontane-Schule (Foto) musste bereits jahrelang Klassen aus geschlossenen Einrichtungen übernehmen, hat einen hohen Anteil an Schülern mit nachgewiesenem sonderpädagogischen Förderbedarf und

Anlässlich einer Sitzung des Beirates Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld in der Grundschule „Am Priesterweg“, Drewitz, sprach deren Leiterin ausführlich über die sozialen Probleme in Drewitz, mit deren Auswirkungen sich die Pädagogen täglich konfrontiert sehen. Sie bedauerte u.a. auch, dass es wegen der Fahrpreise vielen Kindern nicht möglich ist, Angebote des Treffpunktes Freizeit anzunehmen, dort an Zirkeln mitzuwirken oder sich an anderen Veranstaltungen zu beteiligen.

Über ein ähnliches Problem berichtete auch die AWO, die Am Stern für sozial be-

DIE LINKE ist sozial – wer denn sonst?

nachteiligte Kinder ein kostenloses Mittagessen bereitstellt, aber viele Kids das Angebot nicht annehmen können, da sie den Fahrpreis von Drewitz zum Stern und retour nicht aufbringen können.

Ich habe mich darüber mit dem Geschäftsführer des VIP ausgetauscht und fand bei ihm offene Ohren für mein Anliegen: Seit dem 19.09. d. J. liegen im Sekretariat der Priesterweg-Grundschule Fahrausweise, mit denen die Schüler kostenlos eines der beiden Fahrziele und zurück erreichen können. Nicht ganz kostenlos, denn aus pädagogischen Gründen sollte jeder Schüler einen Obolus von 10 Cent pro Hin- und Rückfahrt in der Schule einzahlen, Geld, über das die Schule verfügen kann (Der Rat kam aus dem VBB Berlin, mit dem wir uns abgestimmt hatten). Die AWO wollte lieber eine Beteiligung

Trotz schlechten Wetters immer guten Mutes



Und wieder ging es nach Baden-Württemberg – im Rahmen unserer Patenschaftsvereinbarung nun schon zum dritten Mal in diesem Jahr. Diesmal unterstützten Michael Kahle und Daniel Höhn mit dem mobilen Abgeordnetenbüro von Peer Jürgens die Göppinger LINKE bei ihrer Präsentation auf dem alljährlichen Stadtfest.

Dafür hatten wir uns gemeinsam eine Menge vorgenommen. So sammelten wir Unterschriften gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und gleichzeitig versuchten wir, mit heimischen Weinen und Bieren sowie Potsdamer Cocktails die Gemüter für uns zu gewinnen. Leider spielte das Wetter an diesem Wochenende nicht mit. So wurde es nichts mit den kalten Cocktails, dafür hatten wir umso heißere Gespräche. Die Göppinger interessierte nicht nur der Einsatz der Bundeswehr, sondern auch die sozialen Probleme in Ost wie West. Es wurde kräftig geschimpft, aber auch konstruktiv diskutiert und so mancher Lösungsansatz der LINKEN mit Beifall bedacht.

Alles in allem war es ein schöner Erfolg im schwarzen Ländle. Und am Rande sei bemerkt: Von der schwäbischen Gastfreundschaft kann sich manch Brandenburger immer noch gern eine Scheibe abschneiden.

Michael Kahle

der Eltern an bestimmten Vorhaben... Über ähnliche Probleme erfahren wir als Stadtverordnete von den Bürgern: Wer über eine geringe Rente verfügt oder von Hartz leben muss (Ein Mittagessen ist mit 97 Cent kalkuliert),

der überlegt sich schon, ob er für 3,40 € von Drewitz oder vom Stern einen Besuch in der City machen kann. Bürger haben sich geoutet, dass sie auf eine derartige „Reise“ schon seit langer Zeit verzichten

mussten. Da sicher auch aus diesem Grund in Potsdam die verkauften Einzelfahrausweise und Monatskarten zurückgehen, war es für die LINKE im Stadtparlament ein Anlass, sich für die betroffenen Bürger einzusetzen und gleichzeitig wieder mehr Nutzer für den ÖPNV zu gewinnen. Wie erwartet, fand der Antrag im Stadtparlament bei einigen anderen Parteien keine Befürworter (es ist sicher müßig, diese Parteien zu nennen). Zu deren Unterstützung war ein Dossier erarbeitet: „Der Antrag ist abzulehnen“, und als Steigerung für die Wissenschaftlichkeit dieser Forderung steht ein paar Zeilen weiter: „Dem Antrag selbst ist nicht zu entnehmen, was der Antragsteller wünscht.“ ...

Ich habe deswegen ja auch den Antrag mündlich eingebracht. Als eine Idee war der Gedanke geboren, die fahrgastschwachen Zeiten nach und vor dem Berufsverkehr für ein verbilligtes Ticket zu nutzen, ca. 1,10 € für eine Fahrtrichtung, ein sog. Schwachlastticket. Der Antrag wurde u. a. in den Finanzausschuss verwiesen, in dem auch der VIP-Geschäftsführer ihn unterstützte.

Nun soll das Vorhaben mit dem Nahverkehrsplan im April 2008 umgesetzt werden, vorausgesetzt, die Stadtverordneten stimmen ihm diesmal zu.

Podiumsdiskussion zur neuen Kommunalverfassung

Zum hochaktuellen Thema „Wer hat das Sagen in den Städten und Gemeinden? – Der Streit um die neue Kommunalverfassung“ veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 11. September im Alten Rathaus eine Podiumsdiskussion. Gesprächspartner waren Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, und Ralf Holzschuher, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg.

Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist insbesondere für Hans-Jürgen Scharfenberg das oberste Ziel, welches er mit der Novellierung der Kommunalverfassung verbindet, aber im Gesetzentwurf nicht berücksichtigt findet. Ralf Holzschuher machte deutlich, dass er und auch große Teile der SPD-Fraktion keinen zwingenden Grund für eine derzeitige Novellierung sehen. Die sehr anregende Diskussion eröffnete Spielräume für die weitere Behandlung des Gesetzentwurfes in den Ausschüssen des Land-

tages. Es waren auch gemeinsame Positionen erkennbar. So sehen beide in Erfahrung ihrer Tätigkeit als Stadtverordnete nicht die Stärkung des Hauptverwaltungsbeamten im Vordergrund, sondern die Stärkung der Vertretung. Ebenso wichtig ist die Wiedereinführung der Sozialklausel beim Anschluss- und Benutzungszwang, wonach die wirtschaftliche und soziale Lage der Betroffenen berücksichtigt werden muss.

Dennoch gibt es auch Unterschiede. So verteidigte Ralf Holzschuher die geänderten Regelungen zur Abschaffung der geheimen Abstimmungen und die Verschärfung der Haftungsbedingungen. Er begründet dies mit der Verantwortung, die Kommunalvertreter bei ihren Entscheidungen gegenüber den Wählern und der Fraktion haben. Damit stieß er auf massiven Widerstand bei Hans-Jürgen Scharfenberg, der die Beibehaltung der aktuellen Regelungen für notwendig erachtet, um den Vertretern eine uneingeschränkte Möglichkeit für Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewis-

sen zu geben. Auch bei der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen taten sich Gräben auf. Einig war man sich nur darüber, dass die Bedingungen für eine solche kommunalwirtschaftliche Betätigung nicht verschlechtert werden dürften. Das ist insbesondere in den neuen Bundesländern von großer Bedeutung, da die Kommunen und ihre Unternehmen meist der größte Arbeitgeber vor Ort sind. Mit der im Gesetzentwurf vorgesehenen geringfügigen Lockerung des Ortlichkeitsprinzips erklärte sich aber der SPD-Politiker Holzschuher einverstanden, während der Vertreter der Linken eine weitergehende Lockerung über die Gemeindegrenzen hinaus als unumgängliches Ziel für die kommunalen Unternehmen bezeichnete, die sich auch den globalen Herausforderungen stellen müssen.

Das überaus interessierte Publikum hatte gezielte Nachfragen, die von beiden Politikern umfassend beantwortet wurden.

Andrea Schulz

Dieter Scharlock

Die Schere geht weiter auf

„Nur noch eine Minderheit glaubt, dass in Deutschland jeder Mensch die gleichen Aussichten auf Bildung, sozialen Aufstieg und Selbstverwirklichung hat – gleichgültig ob Frau oder Mann, einheimisch oder zugewandert, arm oder reich.“ ... Große Teile der Bevölkerung sind überzeugt, dass die „Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht“. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bestätigt dies: Während die Durchschnittseinkommen aller Deutschen in den 1990-er Jahren weitgehend konstant blieben, konnten die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher einen Zuwachs von sechs Prozent verbuchen. Die Spitzenverdiener, die oberen 0,01 Prozent, gewannen 17 Prozent hinzu. Noch besser schnitten die wirklich Reichen ab: Das Jahreseinkommen der 650 wohlhabendsten Deutschen legte von 1992 bis 2001 um 35 Prozent zu, auf durchschnittlich 15 Millionen Euro. Bei den 65 Reichsten – Jahreseinkommen im Schnitt 48 Millionen Euro – betrug der Zuwachs 53 Prozent.“

Aus „GEO“ 10/07

Begabtenförderung statt oder durch Gemeinschaftsschule?

Die CDU will einzügige Schulen erhalten, hörte man Mitte September aus dem Landtag – verkehrte Welt? Bislang hatte sich die Linkspartei immer wieder verblich gegen die Schulschließungen der Landesregierung bei abnehmenden Schülerzahlen gestemmt. Die Koalition steuert seit Jahren - bildungspolitisch fest in CDU-Hand - auf Elitenförderung und Einsparungen für „normale“ Schüler hin. Erst mit der jüngsten Novellierung des Schulgesetzes hatte man die Begabtenklassen bejubelt, Privatschulen werden als große Errungenschaft gefeiert, und die Konzentration auf „Wachstumskerne“ trägt weiter zur Bürgerferne bei.

Was ist jetzt plötzlich anders? Das fragten am 13. September gleich mehrere Bürger von Eiche in einer Diskussionsrunde zur Bildungspolitik in Brandenburg Dörte Putensen, Mitarbeiterin der Linksfaktion im Landtag.

Ein Gutachten – welch Zauberwort – hat eine scheinbar versiegelte Tür geöffnet: Nun, da die längst vorausgesagte Entvölkerung ländlicher Regionen schwarz auf weiß bestätigt wird, ist man plötzlich zum Umdenken bereit.

Nun soll die Aufgabe nicht unterschätzt werden: Natürlich altert das Land, wenn man jungen Leuten keine Perspektive bietet und sogar Gewerkschaften ihre Tarifabschlüsse immer noch deutlich nach Ost und West stapeln. Natürlich ist es schwierig, mehr Lehrer für kleinere Klassen einzusetzen, wenn 95 Prozent der Personalkosten von Privatschullehrern für je 15 Schüler pro Klasse zu Lasten der „Normalschüler“ gefördert werden – ebenso übrigens, wie auch zusätzlicher Unterricht für Begabte auf Kosten der „Durchschnittsschüler“ und besonders Förderungsbedürftiger geht.

Das alternative Konzept der LINKEN stellte Dörte Putensen so engagiert vor,

dass einige Teilnehmer auch nach der Veranstaltung weiter diskutierten: Kern ist das möglichst lange gemeinsame Lernen in einer Gemeinschaftsschule, damit Leistungsschwächere von den Besseren profitieren und Begabtere soziale Kompetenzen erwerben. Damit bleibt die Entscheidung für oder gegen das Abitur noch möglichst lange offen und kann auch noch von der Entwicklung der Leistungen in mittleren Klassenstufen abhängig gemacht werden. Und mehr Schüler verbleiben in ländlichen Regionen, so dass dort auch mehr Schulen in Wohnortnähe erhalten bleiben und nicht manche Schüler täglich 12 Stunden auf den Beinen sind. Gleichmacherei? Hier könne, so war man sich einig, wie im Sport auf gute Erfahrungen in der DDR zurückgegriffen werden, die mit naturwissenschaftlichen, musischen oder Sprach-Spezialschulen international beachtete Bildungserfolge erreichte.

Überhaupt wünschte man sich – jenseits von blinder Ostalgie – eine allseitige

Entwicklung der Schüler durch die Vermittlung von humanistischen Werten. Hier schloss Dörte Putensen den Kreis, die mehrmals das finnische Bildungssystem als Vorbild nannte: 80 Prozent der Lehrerausbildung entfielen in Finnland auf den pädagogischen Bereich, nur 20 Prozent auf den fachlichen; in Brandenburg sei das genau umgekehrt. Während hierzulande die Lehrer nicht ihrer Qualifikation entsprechend eingesetzt würden, permanent unterbesetzt seien und von laufenden Veränderungen überfordert, würden die Bildung in Finnland tatsächlich als wichtiges Anliegen behandelt und die Lehrer respektiert.

Im Bemühen um einen erfreulichen Ausblick verwies sie abschließend auf Bewegung in der Bildungspolitik: Auf Fehmarn habe man eine Gemeinschaftsschule gegründet, und die aktuellen Landtagsdebatten ließen doch immerhin hoffen, wenn Eltern, Lehrer und Schüler sich für ihre Rechte stark machen.

-ed-

„Die Philosophen haben die Welt bisher nur männlich interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie auch weiblich zu interpretieren, um sie menschlich verändern zu können.“

(Irmtraut Morgner)

Fachkonferenz „Frauen wollen mehr als nur Schuhe kaufen.“

Samstag, 3. November 2007, von 9.00 – 18.00 Uhr in 16547 Birkenwerder

Der Leitbildentwurf (www.dialog-fuer-brandenburg.de/leitbild/das_leitbild_dokument/) der LINKEN – Dialog für ein Brandenburg der Regionen – soll eine zukunftsfähige und sozial gerechte Antwort auf den radikalen Wandel unserer Lebensverhältnisse geben. Das Leitbild soll neue Wege weisen, wie die Herausforderungen durch rapide technologische Innovation, wirtschaftlichen Umbruch, sozialen Wandel und demographische Veränderung genutzt werden können, um Lebensqualität und Lebenschancen für alle Menschen zu sichern und zu verbessern.

Was bedeutet dies für die Frauen und Mädchen in Brandenburg?

Welche frauen- und familienpolitischen Ansichten und Perspektiven werden in dem Leitbild formuliert? Wie sollten sie aussehen? Welche konkreten politischen Lösungen müssen noch formuliert werden?

Wir beginnen um 9 Uhr mit der Besichtigung der Clara-Zetkin-Gedenkstätte (Summter Str.4). Die Konferenz beginnt um 11 Uhr in der Regine-Hildebrandt-Schule. Benutzen Sie bitte den Eingang über die Karl-Marx-Straße.

Ziel der Fachkonferenz soll es sein, im Rahmen des Leitbildentwurfes der Landtagsfraktion DIE LINKE gemeinsam nach konkreten politischen Lösungen zu suchen, um die Lebenswirklichkeit von Frauen und Mädchen in Brandenburg zukunftsfähig, demokratisch, gewaltfrei und sozial gerecht zu gestalten. Die Ergebnisse sollen in das Leitbild einfließen.

Die Konferenz ist natürlich öffentlich – jede interessierte Frau kann kommen und mit uns gemeinsam über die Zukunft der Frauen und Mädchen im Land Brandenburg diskutieren.

Bärbel Lange,
LISA-Brandenburg

Fahrradhandel
Werkstatt
Zubehör



F. Schröder & R. Walter GbR

14473 Potsdam
Heinrich-Mann-Allee 26

Tel.: 0331-64 71 876
E-Mail: Kettekranz@arcor.de

Einzelnachhilfe - zu Hause -
alle Klassen/alle Fächer
in allen Orten der Kreise PM und TF
Hermann-Elfein-Str. 21,
14467 Potsdam



Potsdam 0331 - 600 68 56
Werder 03327-73 21 62
Teltow 03328 - 33 98 49

www.abacus-nachhilfe.de

Aquarelle von Bettina Hünicke

Mit 13 großformatigen Aquarellen schmückt sich gegenwärtig der Versammlungsraum der Partei DIE LINKE in der Potsdamer Alleestraße. Eine Ausstellung der Potsdamer Malerin Bettina Hünicke wurde am 31. August eröffnet. Zur Eröffnung erschienen 30 Personen, die sich der Schönheit der Arbeiten annahmen, die sich unter dem Thema „Unterwegs“ mit Reiseerlebnissen aus Italien und Frankreich beschäftigen. Einführende Worte sprach die Kunsthistorikerin Renate Bergerhoff. Die Ausstellung ist bis Dezember im Haus der Partei in der Alleestraße zu den Bürozeiten zu sehen. Unser Foto: (v.r.n.l.) Siegfried Lachmann, Bettina Hünicke, der Keramiker und Grafiker Manfred Rösler, Renate Bergerhoff.



Es hat sich bald „ausgebücht“

Viel Theater gab und gibt es in Potsdam. Meine Oma ging noch im „Hofstaat“ in die „Kanaloper“ – ins damalige Schauspielhaus von 1795, das dem Bombardement 1945 zum Opfer fiel. Ich selbst durfte zwei – falsch, drei Theater in meiner Heimatstadt kennenlernen. Das mit dem schönsten Ambiente war (und ist) wohl das Schlosstheater im Neuen Palais. Dann kam die Pennälerzeit und ich hatte ein Theateranrecht für die Zimmerstraße. Das seit 1952 nach dem von den Nazis ermordeten Schauspieler Hans Otto benannte Haus war in meiner „Sturm-und-Drang-Zeit“ quasi „Durchgangs-Spielstätte“ für viele Künstler, die später an renommierten Berliner Bühnen wirkten.

Ab 1985 wurde ein Neubau am Alten Markt geplant. 1989 wurde noch der Grundstein gelegt. Der Betonkern wuchs bereits aus der Erde. Dann kam die Wende, und plötzlich war der Gleitkern eben „kommunistischer Beton“ und musste der neuen Zeit weichen. Die Zimmerstraße musste außerdem wegen Asbestbelastung schließen. So dümpelte die Theaterlandschaft vor sich hin in meiner Stadt. Bis 1992 ein als „Provisorium“ (5 Jahre!!!) deklarierter Kasten an den Alten Markt gestellt wurde. Die Potsdamer fanden den naheliegenden Kosenamen „Blehbüchse“ fürs „Hans-Otto“. Ende der 90-er Jahre fiel dann endlich die Entscheidung für den Neubau in der Schiffbauergasse. Und das hieß: AUS für die Blehbüchse. Die sollte dann nach September 2006 (Eröffnung des neuen Theaters am Tiefen See) demontiert und nach Zagreb gehen. Jetzt soll nun endlich die „Blehbüchse“ diesen Weg antreten. Gute Reise, wünschen wir. Und ab ins neue Theater, rufen wir unseren LeserInnen zu.

Bernd Martin



Benefizkonzert in der Friedenskirche

Am 14.10.2007 findet in der Friedenskirche Potsdam-Sanssouci um 17.00 Uhr ein klassisches Benefizkonzert zugunsten der Südwerk Stiftung statt. Dargeboten werden vom Potsdamer Männerchor, dem Tenor Rudolf von Vitovec (Spanien), der Pianistin Hiroe Imaizumi (Japan) sowie dem Jungen Vokalensemble Potsdam u.a. Stücke von Mozart, Schubert, Händel und Mendelssohn-Bartholdy.

Bereits zum zweiten Mal – nach einem Gastauftritt im Roten Rathaus Berlin – verzichten die Künstler auf ihre Gagen, um die Arbeit der Stuttgarter Südwerk Stiftung zu unterstützen, die mit dem Geld Entwicklungshilfsprojekte von Partnerorganisationen in Peru, Ghana und Ecuador finanziert.

Der Eintritt kostet 10,- Euro, ermäßigt 8,- Euro. Einlass ist ab 16.30 Uhr am Eingang, Am Grünen Gitter 1, 14469 Potsdam. Kartenvorbestellungen werden gerne im Internet unter <http://www.suedwerk.org> entgegengenommen.

CITROËN

NICHTS BEWEGT SIE WIE EIN CITROËN

AUTOHAUS THONKE GmbH
 Alt Nowawes 44/46, 14482 Potsdam

Tel. 0331/70 73 16 und 748 18 69
 Fax: 0331/784 27 48

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 07.00 bis 18.00 Uhr, Sa 09.00 bis 11.45 Uhr

Typenoffene Werkstatt ■ Bremsen, Auspuff, Stoßdämpfer ■ Glasreparaturen
 Reifendienst ■ Hauptuntersuchung ■ Abgastest ■ Klimaanlage-Service

Citroën-Vertragswerkstatt
 Tradition seit 1910

E-Mail: thonke@autohaus-thonke.de
 Internet: www.autohaus-thonke.de

Tipps der Verbraucherzentralen zum Stromversorgerwechsel

Nachfolgend seien nur einige Adressen für Preisvergleiche genannt:

www.verivox.de;
www.stromtarife.de;
www.strommagazin.de;
www.stromseite.de;
www.stromauskunft.de;
www.stromkosten-senken.de; www.billig-strom.de

Auch die Verbraucherzentralen helfen oft bei einem Strompreisvergleich weiter. (Quelle: www.vzb.de)

Von welchen Anbietern können Verbraucher Strom beziehen? Wenn Sie als normaler Haushaltskunde Ihren Strom vom örtlichen Stromversorger zu allgemeinen Preisen beziehen, kann sich ein Wechsel für Sie lohnen. Überwiegend bieten die örtlichen Stromversorger neben dem allgemeinen Preis in der Grundversorgung auch sogenannte Sonderverträge zu günstigeren Preisen mit besonderen Vertragsbedingungen an. Außerdem können Sie Strom bei anderen ortsfremden Versorgern beziehen. Wichtig: Vor einem Wechsel des Anbieters lohnen sich ein Preisvergleich und die örtlichen Stromversorger neben dem allgemeinen Preis in der Grundversorgung auch sogenannte Sonderverträge zu günstigeren Preisen mit besonderen Vertragsbedingungen an. Außerdem können Sie Strom bei anderen ortsfremden Versorgern beziehen. Wichtig: Vor einem Wechsel des Anbieters lohnen sich ein Preisvergleich und die wichtigen vertraglichen Regelungen wie Laufzeit und Kündigungsfrist.

So funktioniert der Wechsel

Sie vergleichen die Angebote verschiedener Stromversorger. Sie fordern vom gewünschten neuen Versorger Vertragsunterlagen an. Nach Prüfung der Unterlagen schicken Sie den ausgefüllten und unterzeichneten Liefervertrag an den neuen Versorger zurück. Er bekommt von Ihnen eine Vollmacht zur Kündigung des alten Vertrags mit dem bisherigen Versorger und in der Regel eine Einzugsermächtigung zum Bankzugang der Abschlagszahlungen. Der neue Stromversorger übernimmt alles Weitere. Er

regelt mit dem alten Versorger den notwendigen Datenaustausch und ggf. die Zählerablesung. Zur Sicherheit sollten Sie sich auch den Zählerstand am Wechseltag notieren. Sie erhalten vom neuen Stromversorger eine schriftliche Bestätigung über den Vertragsabschluss und den Lieferbeginn. Der bisherige Versorger schickt Ihnen eine Bestätigung der Kündigung und eine Schlussrechnung über den angefallenen Stromverbrauch.

Als Hauseigentümer benötigen Sie zusätzlich einen Netzanschlussvertrag mit dem örtlichen Netzbetreiber. Dieser Vertrag wird für jede Versorgungsstelle nur einmal abgeschlossen. Eine Kopie des Vertrages für Ihre Unterlagen ist sinnvoll. Mieter benötigen keinen Netzanschlussvertrag.

Angebote und Preise vergleichen

Beim Wechsel des Stromversorgers sollten Sie sich nicht auf pauschale Werbeaussagen oder Rechenbeispiele von Anbietern verlassen. Lassen Sie sich ein konkretes Angebot zusenden oder prüfen Sie die Angaben anhand von Stromtarifrechnern im Internet nach. Der Strompreis für Verbraucher setzt sich im Wesentlichen aus zwei Komponenten zusammen: der verbrauchsunabhängige Grundpreis wird als fester Betrag pro Monat oder Jahr berechnet. Manche Stromversor-

ger spalten den Grundpreis noch in einen Leistungs- und Verrechnungspreis auf. Der Verbrauchs- oder Arbeitspreis wird nach dem tatsächlichen Energieverbrauch in Cent pro Kilowattstunde berechnet. Wichtig: Beim Preisvergleich bitte immer die Endpreise miteinander vergleichen, in denen sämtliche Preisbestandteile wie die Stromsteuer, die aktuelle Mehrwertsteuer, alle sonstigen Abgaben und das Netznutzungsentgelt enthalten sind.

Vorsicht bei Angeboten, bei denen Sie sich zur Vorauszahlung des Jahresbetrages verpflichten. Geht das Unternehmen pleite, erhalten Sie meist nichts zurück!

Wichtig: Ermitteln Sie zunächst anhand Ihrer letzten Stromabrechnung den voraussichtlichen Jahresstromverbrauch. Prüfen Sie, ob Ihr bisheriger Versorger inzwischen seine Preise geändert hat. Dann vergleichen Sie die aktuellen Preise verschiedener Anbieter. Achten Sie darauf, dass alle Preisbestandteile, d.h. Arbeitspreis und Grundpreis, in den Preis einfließen.

Fordern Sie von verschiedenen Versorgern eine aktuelle Preisübersicht an. Hilfreich sind Internetseiten, mit deren Hilfe man nach Eingabe des persönlichen Jahresverbrauchs und der Postleitzahl einen Vergleich der aktuellen Preise verschiedener Versorger erhält.

11. Potsdamer Kolloquium zur Außen- und Deutschlandpolitik

Von Erfurt und Kassel über Hubertusstock nach Bonn.


Deutsch-deutsche Gipfeldiplomatie und begleitende Back Channels von 1970 bis 1987

Aus Anlass des 20. Jahrestages des Honecker-Besuch in der Bundesrepublik im September 1987

Am 18. Oktober 2007, 18 bis 21 Uhr
und 19. Oktober 2007, 10 bis 16 Uhr
Altes Rathaus – Potsdam Forum
in Potsdam, Am Alten Markt 1

Teilnehmer: Egon Bahr, Peter Bender, Hans Otto Bräutigam, Henry Köhler, Daniel Küchenmeister, Rolf Muth, Detlef Nakath, Otto Pfeifer, Hermann Freiherr von Richthofen, Hans Schindler, Karl Seidel, Gerd-Rüdiger Stephan, Ernst Günter Stern, Hans Voß, Peter Jochen Winters

Veranstalter:
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg,
Verband für
internationale Politik
und Völkerrecht e.V.



Physiotherapie
Voitel
Inh. Jaqueline Ihnow

Fachphysiotherapie für neurologische und Extremitätenschäden

- Ganzheitliche Therapie
- Manualtherapie
- Therapie nach Bobath und Vojta
- Skoliotherapie nach Schroth
- SRT-Zeptoring

Hebbelstraße 6
14469 Potsdam
Tel. 0331 2800 453

• tips & termine • tips & termine • tips

<p>Mo, 8.10., 14:30 Uhr: „Leseschnäppchen am Kaffeetisch“ - literarische Stunde zur Kaffeezeit mit Erna Kreutz-Gralow und Karl Kreutz (1 €), Dahlweid *</p> <p>Di, 9.10., 18 Uhr: Potsdamer Buchpremiere. Völkermord statt Holocaust. Antisemitismus in der DDR? mit Autor Matthias Kraus und Peer Jürgens (MdL), RLS/Dortustr. 53</p> <p>Mi, 10.10., 18 Uhr: Und dennoch Hoffnung. Peter Weiss, Biografie und Filmausschnitte, RLS/Dortustr. 53</p> <p>So, 14.10., 10 Uhr: Frühschoppen „Rathausreport live“ (Thema und Ort siehe Presse)</p> <p>Mo, 15.10., 14:30 Uhr: Videospaziergang „Romantische Stätten“ mit Karl Kreutz (1 €), Dahlweid *</p> <p>Montag, 15.10.2007, 18:00 Uhr: Montagskundgebung gegen Hartz-IV am Platz der Einheit – Deserteur-Denkmal</p>	<p>Di, 16.10., 14 Uhr: „TTT – Tausend Takte Tanzmusik“ (3 €), Dahlweid *</p> <p>Di, 16.10., 18 Uhr: Podiumsdiskussion „Die Welt, in der wir leben“. Die Alternative zur kapitalistischen Globalisierung mit Prof. Dr. Gerd Friedrich und Prof. Dr. Klaus Steinitz, RLS/Dortustr. 53</p> <p>18. – 21.10.: 2. Deutsches Sozialforum „Über den Umgang mit den bedrohlichen politischen und ökonomischen Realitäten“ in Cottbus</p> <p>Di, 23.10., 14:30 Uhr: Gespräch „Potsdam und Friedrich II.“ mit dem Stadtverordneten Dr. Herbert Schlomm, Dahlweid *</p> <p>Di, 23.10., 19 Uhr: Forum. Politik braucht Kunst. Aber weiß sie das? mit Oskar Lafontaine und den Intendanten Amelie Deußfhard und Sewan Latchinian, HFF, Marlene-Dietrich-Allee 11, Raum 1101</p>	<p>Mi, 24.10., 13:30 – 17 Uhr: Skatturnier „8, 20, Buben raus“ (Einsatz 4 €), Dahlweid *</p> <p>Mi, 24.10., 18 Uhr: Diskussion „Warum gibt es in den USA keinen Sozialismus? Die klassische Sombart'sche Frage neu gestellt“ mit Prof. Dr. Frank Unger (FU Berlin), RLS/Dortustr. 53</p> <p>Sa, 27.10., 15 Uhr: Lesecke mit Annekathrin Bürger, Haus der LINKEN, Alleestraße 3</p> <p>Sa, 27.10., 14 – 16 Uhr, Film-museum: Stadtpaziergang „Potsdam und Friedrich II.“ mit dem Stadtverordneten Dr. Herbert Schlomm, Dahlweid *</p> <p>Mo, 29.10., 14:30 Uhr: Diavortrag „Kreta – Geburtsort der europäischen Kultur“ mit Walter Heller (1 €), Dahlweid *</p> <p><i>* Seniorenfreizeitstätte in „Zentrum-Ost“, Edisonallee 13</i></p>
---	--	---